Soziale Initiative mit unsozialem Ausgang

Fortsetzung von Seite 1

Zum Streik wollte eigentlich auch Boris Kasjonow, der eine Initiativgruppe von geprellten Investoren aus dem Moskauer Vorort Woskressensk vertritt. Doch dann seien er und zwei weitere Vorsitzende von Initiativgruppen von der Regierung der Moskauer Oblast „abgefangen" und zu Gesprächen eingeladen worden. Die Behörden sahen sich unter Zugzwang: „Wir haben angedroht, bei der nächsten Protestkundgebung den Rücktritt des Gouverneurs zu fordern", erzählt Kasjonow.

An einer Pressekonferenz, bei der auch Kasjonow anwesend war, verkündete Pawel Perepeliza, der stellvertretende Bauminister der Moskauer Oblast, das Angebot der Behörden an die geprellten Investoren: Für acht von insgesamt 41 umstrittenen Objekten in der Region Moskau habe man neue Investoren gefunden, welche die Verpflichtungen von der SI übernehmen würden. Auch für die übrigen Projekte wolle die Oblast Investoren finden. Wie diese Rechnung aufgehen soll, ist noch nicht klar: Laut Perepeliza will der Staat auf seinen Anspruch von 15 Prozent der Wohnfläche für soziale Zwecke verzichten. Und die neuen Investoren wollen bei der Rendite Abstriche machen. Eine Möglichkeit sei auch, noch weiter Etagen aufzustocken, meinte Wladislaw Sawin vom Unternehmen PIK Region, das als neuer Investor für die SI einspringen will.

„Wir werden das Ganze in den nächsten zwei Jahren lösen", versprach Perepeliza und meinte: „Die Probleme tauchten unter bestimmten Umständen auf. Heute gibt es Gesetze, die so etwas verhindern." Der stellvertretende Bauminister warnte aber: „Wenn die Leute Verträge unterschreiben, die diesen Gesetzen nicht entsprechen, riskieren sie sehr viel."

Noch sind jedoch unzählige Fragen offen: Ungefähr ein Dutzend Bauobjekte stehen unter „gerichtlichem Arrest". Zudem ist unklar, was im Falle der zwei „virtuellen Projekte" gemacht werden soll. Hier gibt es zwar Investoren, die dafür der SI-Geld gegeben haben, aber noch kein Bauland, keine Baubewilligung und keinen Bauplan. Und um die Sache noch etwas komplizierter zu machen, hat die SI auch noch unterschiedliche Verträge angeboten. Einige Investoren haben Verträge abgeschlossen, in ihr Anspruch auf eine konkrete Wohnfläche festgelegt wurde. Andere wiederum bezahlten einfach erst einmal Rate um Rate ein. Zudem haben auch nicht alle Geschädigten sämtliche Raten einbezahlt. Und offensichtlich ist es heute schwierig nachzuvollziehen, wer wie viel einbezahlt hat.

Foto: www.c-buttner.de

Da war die Welt noch in Ordnung: Die Schauspielerin Elina Bystrizkaja, der Präsident der „Sozialen Initiative" Nikolaj Karasjow und die geschädigte Investorin Polina Gusarowa besichtigen ihr gemeinsames Bauprojekt in Moskau (v.l.).

Kasjonow, der selbst 13 Jahre lang für die russische Armee Häuser baute, sieht die Vorschläge der Moskauer Gebietsbehörden skeptisch: „Ich sehe keine Dynamik. Was sie jetzt machen wollen, haben wir ihnen bereits im Frühjahr vorgeschlagen." In Woskressenks plante die SI vier Projekte. Nachdem das eine Haus im Bau weit fortgeschritten war und bei den anderen drei die Arbeiten am Fundament begonnen hatten, entschied Kasjonow, 17 000 Dollar zu investieren. In der lokalen Presse seien regelmäßig Artikel über die Projekte auch im Namen von Behördenvertretern erschienen. Die Leute in Woskressenks hätten Vertrauen gefasst und über 300 Verträge seien abgeschlossen worden. Dabei hätten die Behörden die Leute während drei Jahren nicht informiert, dass die SI für drei von vier Projekten noch keine Baubewilligung erhalten habe. Kasjonow lebt nun mit Frau und Sohn bei seiner Tante.

Noch verworrener aber scheint der Fall des Moskauer Rohbaus zu sein, wo die übervorteilten Investoren ihren Hungerstreik hielten. Laut Polina Gusarowa, die hier in bester Lage 150 000 Dollar für 150 Quadratmeter Geschäftsfläche investiert haben will, wurde das Grundstück 1993 von der Stadt an die bekannte Volksschauspielerin Elina Bystrizkaja übergeben. Diese wollte darauf ein „Zentrum für die physische und seelische Vervollkommnung der Frau" errichten. Bis 2000 fand die Künstlerin jedoch keinen Investor. Dann einigte sie sich mit der SI, die 70 Prozent und das Frauenzentrum 30 Prozent der projektierten Fläche erhalten sollte. Nun steht der Bau des Gebäudes seit gut einem Jahr still. Damit es in der Zwischenzeit keinen Schaden nimmt, hätten die beteiligten Investoren sich in weitere Unkosten gestürzt, erklärt Gusarowa. Und: „Obwohl die geprellten Investoren bereit sind, nochmals Geld zu bezahlen, um den Bau zu vollenden, will dies Bystrizkaja nicht", meint Gusarowa. Die Schauspielerin spielt auf Zeit, ist Gusarowa überzeugt. Denn ist das laufende Konkursverfahren gegen die SI erst einmal abgeschlossen, würden auch die Eigentumsansprüche der Investoren erlöschen. Und die Schauspielerin, die als Pächterin des Grundstücks figuriert, könnte sich mit neuen Investoren zu besseren Konditionen einigen.

Dass ihr das Ganze passieren konnte, fällt Gusarowa schwer zu glauben. In Sowjetzeiten hatte sie sich zweimal ohne Probleme am Bau von kooperativen Wohnungen beteiligt. Dabei musste sie 34 Prozent des Geldes vorschießen und den Rest innerhalb von 50 Jahren abbezahlen. Auch sie hatte Nikolaj Karasjow, dem Präsidenten der SI, geglaubt. Denn selbst Bürgermeister Luschkow habe sich mit ihm gezeigt und fotografieren lassen. Und der Staat habe der Firma doch auch die Bewilligungen und Lizenzen erteilt. Gusarowa aber ist nur eine von vielen: Rund 20 000 Verträge hatte die SI abgeschlossen. Im Durchschnitt steht hinter jedem Vertrag wohl das Schicksal von mindestens drei Menschen. Und die SI ist nicht die einzige Baufirma, die ihre Investoren betrogen hat. Das Ausmaß der ganzen Katastrophe ist jedoch schwer abzuschätzen.

Vor einem Jahr eröffnete die russische Staatsanwaltschaft gegen eine Reihe von Baufirmen, darunter auch die SI, Strafverfahren wegen „Betrugs und nicht Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Investoren". Einige dieser Firmen hätten aber durchaus mit gutem Willen gearbeitet, erklärte der Immobilien-Analyst Gennadij Sternik gegenüber gazeta.ru: „Sie wurden das Opfer der Bankenkrise 2004 und ihrer unprofessionellen Geschäftsführung." Bei der SI sollen aber bereits seit dem Jahr 2000 Probleme aufgetaucht sein: Nicht fertig gestellte Bauobjekte und nicht erfüllte Verträge. Gegen Karasjow wurde ein Strafverfahren wegen „Verursachung von Vermögensverlusten durch Betrug oder böswilligen Missbrauch guten Glaubens". Der Immobilien-Analyst Andrej Beketow glaubt jedoch nicht, dass die SI die Leute betrügen wollte: „Die Manager hatten sich verrechnet, gerieten ins Minus und fanden von dort nicht mehr raus. Nachdem das Unternehmen einige Objekte nicht fertig stellen konnte, fanden sie keine neuen Investoren mehr und das Geld ging aus", erklärte Beketow gegenüber gazeta.ru.

Einen Teilsieg konnten die geprellten Investoren nun aber erringen: Eine gemeinsame Kommission mit Vertretern aus dem Wirtschaftsministerium, Duma und Gesellschaftskammer will sich dem Problem annehmen. „Deshalb haben wir unseren Hungerstreik unterbrochen", erklärt Sergej Koroljow, der Vorsitzende des gesamtrussischen Koordinierungsrates der geprellten Investoren. „Wenn sich aber keine konkreten Lösungen abzeichnen, werden nicht 50, sondern 150 Leute in den Hungerstreik treten", drohte Koroljow. Einen gerichtlichen Weg sieht er als wenig erfolgversprechend. Man habe dies bereits versucht, aber in Russland sei das hoffnungslos. Zudem drängt die Zeit: Die Leute brauchen eine Wohnung und die bereits begonnenen Projekte müssen fertig gestellt werden, damit keine Schäden an der Bausubstanz entstehen. „Ein Investor hat sich mit einer Klage nach Straßburg gewandt, wir werden sehen, was das bringt."

Das freie Wort ist in Russland kaum gefragt

Journalistenmorde sind Einzelfälle - die Medien werden vor allem vom Markt kontrolliert

Morde wie jener Anfang Oktober an der Journalistin Anna Politkowskaja gehören in Russland heute zur Ausnahme. Die Medien werden durch feinere Methoden im Zaum gehalten. Die Pressefreiheit wird unter anderem durch einen fehlenden Markt für das freie Wort beschränkt.

Christian Weisflog

Kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 2000 entriss Wladimir Putin den Medienunternehmern Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij ihre Imperien mit Gewalt und ließ den Kreml-kritischen Sender NTW vom Geheimdienst stürmen. Heute sind solch rabiate Methoden gar nicht mehr nötig. Reporter ohne Grenzen verzeichnete in der Russland-Statistik des vergangenen Jahres zwei getötete Medienvertreter, 2002 waren es noch zehn. Anna Politkowskaja war 2006 die dritte ermordete Journalistin. Wobei es bei den ersten beiden Fällen dieses Jahres nicht klar ist, ob die Journalisten aufgrund ihrer Tätigkeit zur Zielscheibe wurden. Die Zeit der regelmäßigen Journalistenmorde scheint in Russland jedenfalls vorbei zu sein: Um die Medien und Journalisten unter Kontrolle zu halten, gibt es feinere und effektivere Mittel.

„Bei einem kontroversen Thema konsultieren die Fernsehsender den Kreml", sagt Medienjurist Andrej Richter und meint zu den Druckmedien: „Die Pressefreiheit wird heute vor allem durch den fehlenden Markt beschränkt." Die Zeitungen würden weder für die Leser noch für die Werbekunden, sondern für zahlungskräftige „Sponsoren" gemacht, welche das jeweilige Medium finanzieren, um ihre Interessen zu propagieren. Selbst der angesehene Kommersant hat gerade mal eine Auflage von 130 000 Exemplaren. „Die Journalisten fürchten heute nicht die Staatsanwaltschaft oder den Präsidenten, sondern sie haben Angst, ihren Job zu verlieren", erklärt Richter.

Diese Einschätzung bestätigt Dmitrij Muratow, Chefredakteur der Oppositionszeitung „Nowaja Gaseta", wo auch Politkowskaja arbeitete: „Politischen Druck mit Gerichtsprozessen und Klagen wie vor ein paar Jahren gibt es nicht mehr. Das Problem ist der Vertrieb beziehungsweise das korrumpierte Kiosk-System." Wer in dieses Vertriebsnetz rein wolle, müsse monatlich rund 10 000 Euro bezahlen. Und während sie ihre Zeitung immer noch zum selben Preis abgeben, hätten die Händler die Preise für die Leser im letzten Jahr verdoppelt, erklärt Muratow. Ein weiteres Problem ist die Post: „Wenn ich eine Zeitung am Montag nach Samara schicke, kommt sie erst am Freitag an."

Wie zahm die Medien und insbesondere die Fernsehsender heute sind, zeigt eine in diesem Jahr vom russischen Zentrum für Journalismus in Extremsituationen veröffentlichte Studie: Die staatlichen Fernsehsender widmen ihre Nachrichtensendungen fast ausschließlich Meldungen über den Präsidenten und die Regierung. Der Ton der Berichte ist dabei positiv oder neutral. Die Opposition gibt es am Bildschirm faktisch nicht. Eine Ausnahme ist der private Fernsehsender REN TV, welcher der Opposition in seinen Nachrichten im Durchschnitt immerhin 15 Prozent der Sendezeit zubilligt.

Nach einem Besitzerwechsel kam es jedoch bei REN TV im letzten Herbst zu einem Skandal. Die Nachrichtensprecherin Olga Romanowa quittierte ihre Stelle, nachdem sie vom Programmchef für zwei Beiträge ein Sendeverbot erhielt. Im einen ging es um den Sohn von Verteidigungsminister Iwanow, der mit dem Auto eine Frau anfuhr und tötete.

Foto: Katharina Neumann

Trauernde haben ein Porträt von Anna Politkowskaja an der Wand ihres Hauses angebracht: „Der Kreml hat das freie Wort ermordet", steht darüber.

Die weiteren privaten Sender beschränken sich auf Unterhaltung: „Die Leute haben die Wahl zwischen Kreml-TV und Entertainment-TV", sagt Andrej Richter. Die russischen Bürger scheint dies nicht zu kümmern. „Früher gab es Kreml-TV und Anti-Kreml-TV, aber die Informationen waren auch damals gekauft, von der einen oder der anderen Seite", meint Richter. Die Vielfalt gekaufter Meinungen habe laut Richter zudem nicht lange bestanden: lediglich von 1997 bis 2000.

Wer kritische Information sucht, findet sie jedoch im bunten russischen Zeitungswald. Allerdings ist auch hier gerade bei den Qualitätszeitungen das Angebot kleiner geworden. Im vergangenen Jahr kaufte der staatliche Energiekonzern Gasprom das Traditionsblatt Iswestija. Hier zeigte sich exemplarisch, welchen Einfluss ein Besitzerwechsel haben kann: Eine Zeitung mit Anspruch verwandelte sich innerhalb weniger Monate in eine blasse Gazette mit viel Unterhaltung. Vor wenigen Wochen wurde nun der Kommersant, das viel zitierte Flaggschiff der russischen Presse, von einem Kreml-nahen Investor gekauft. Vergangene Woche räumte der bisherige Chefredakteur seinen Stuhl. Der neue Investor verspricht zwar, die bisherige Linie des Blattes beizubehalten. Das hieß es allerdings erst auch, als die Iswestija den Besitzer wechselte.

Die freie Berichterstattung werde in Russland deshalb zunehmend im Internet stattfinden, meint Oleg Panfilow, der Direktor des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen. „Wir haben keine Probleme mit der Einschränkung der Pressefreiheit", meint denn auch der stellvertretende Chefredakteur von gazeta.ru. Und Werbekunden habe man genug: „Nur die großen Unternehmen stehen unter politischem Druck, nicht aber der Mittelstand." Mit Letzterem könnte vielleicht auch dereinst wieder mehr Pressefreiheit in Russland einkehren.